

"Wir lassen uns nicht abhängen!"



Protestfahrt durch die Länder gegen Nullrunde 2000

Hilden/Berlin. Nach achttägiger Fahrt durch die Länder endete die "GdP-Protestfahrt gegen Nullrunde 2000" in einem großen Finale am 10. November in der Bundeshauptstadt. Die Protestaktion hatte sich gegen den Entwurf des Besoldungsanpassungsgesetzes 2000 gerichtet, den das Bundeskabinett am 1. November verabschiedet hatte und der eine zeitliche Abkoppelung der Beamtenbesoldung vom diesjährigen Tarifergebnis vorsah. Würde der Entwurf Gesetz, käme dies einer Nullrunde für den Beamtenbereich in diesem Jahr gleich.

"Wir werden der Regierung den Zorn und die Unzufriedenheit der Polizistinnen und Polizisten über die geplante Besoldungsabkoppelung 2000 sehr nahe bringen", hatte der amtierende GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg zum Auftakt der Protestaktion angekündigt.

Tags zuvor hatte das Bundeskabinett den Entwurf des Besoldungsanpassungsgesetzes 2000 in der von Otto Schily beim Beteiligungsgespräch vorgelegten Fassung verabschiedet (siehe DP 11/00).

Am 2. November 2000 begann in Schwerin die Protestfahrt durch alle Länder gegen die Besoldungsabkoppelung 2000. Sie endete am 10. November in einer eindrucksvollen Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor. An dem Konvoi beteiligten sich nahezu alle Landesbezirke.

Die Protestaktion erschien nicht aussichtslos, hatte die Politik doch bereits beim Inflationsausgleich bei Beamtenbesoldung und Versorgung eingelenkt. Als einen "Schritt in die richtige Richtung" hatte die GdP das Abrücken der Regierung von ihrem ursprünglichen Plan bezeichnet, Beamten und Versorgungsempfängern bei der Anpassung der Besoldung und Versorgung nur den Inflationsausgleich zu gewähren. Der nachhaltige Druck der GdP - so der vormalige Vorsitzende der GdP Norbert Spinrath - habe maßgeblich dazu beigetragen, eine völlige Abkoppelung der Beamten und Versorgungsempfänger vom Tarifergebnis 2000 und damit eine Spaltung im öffentlichen Dienst scheitern zu lassen.

Umso mehr sorgte die Absicht der Bundesregierung, es für das Jahr 2000 praktisch bei einer Nullrunde bewenden zu lassen, für Empörung unter den Mitgliedern. Die GdP blieb bei ihrer unmissverständlichen Forderung, das Tarifergebnis der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes zeit- und inhaltsgleich auf alle Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen.

Die Stationen der Protestfahrt

Schwerin (rs). Rund 150 Polizeibeamte aus mehreren GdP-Kreisgruppen des Landes Mecklenburg-Vorpommern waren am 2. November 2000 nach Schwerin gekommen, um vor der Staatskanzlei gegen die Abkopplungspläne von Bundesinnenminister Schily zu protestieren. "Wir lassen uns nicht

von der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst abhängen. Unser Beruf ist gefährlich, deshalb darf und kann man auch ein entsprechendes Gehalt erwarten", sagte der GdP-Landesvorsitzende Michael Silkeit in seiner Ansprache zu den Polizistinnen und Polizisten.

Ähnlich äußerte sich auch Bernhard Witthaut, stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP. Silkeit und Witthaut, so der Eindruck, wurden von den hier demonstrierenden und lautstark pfeifenden Polizeibeamten verstanden, jedoch nicht von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns. Vergeblich forderten beide Redner mehrfach laut und verständlich, der in der Staatskanzlei weilende Ministerpräsident Ringsdorf solle sich den Protestierenden stellen und den Standpunkt des Kabinetts Mecklenburg-Vorpommern zu der Problematik darlegen.

Der rein zufällig (?) den Weg der Polizeibeamten kreuzende Vorsitzende des Innenausschusses, Siegfried Friese, ließ den Landesbezirksvorsitzenden wissen, dass er sich dafür einsetzen werde, dass sich der Innenausschuss des Landtages mit dieser Frage beschäftigen und den Innenminister zu einer Stellungnahme auffordern werde.

Gerade den Standpunkt der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern kennen zu lernen, wäre den Demonstrierenden vor der Abstimmung über Schilys Sparpläne im Bundesrat wichtig gewesen. Wichtig auch deswegen, weil diese Veranstaltung in Schwerin den Auftakt zur Protestfahrt durch alle Länder bildete.

Nach einer knappen halben Stunde ging die Unmutsbekundung durch die Polizeibeamten des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu Ende, ohne dass sich ein Vertreter des rot-roten Kabinetts überhaupt dafür interessierte.

Zu Ende ging damit auch die Eröffnungsveranstaltung zur Protestfahrt, die aber hier erst richtig begann. Neben den Kollegen der Bundesgeschäftsstelle im GdP-Werbebus startete in Schwerin ein zweites GdP-Fahrzeug. Ziele des noch kleinen Fahrzeug-Konvois waren an diesem Tage die Staatskanzlei in Kiel sowie der Hamburger Senat.

Die Mecklenburger GdP-Mitglieder wünschten ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern mehr Glück dabei, mit ihren Regierungen ins Gespräch zu kommen.

Kiel (tg). Unter großem Medieninteresse und mit der Rückenstärkung von über 150 Kolleginnen und Kollegen (Foto), die als Delegierte aus allen Teilen Schleswig-Holsteins in die Landeshauptstadt entsandt worden waren, kritisierte der stellvertretende Landesvorsitzende, Detlef Hardt, vor dem Landeshaus in Kiel die beabsichtigte Besoldungsanpassung 2000. Die vorgesehene Abkoppelung von einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung für die Gruppe der Beamten bezeichnete Hardt als "Ungerechtigkeit". Er appellierte an Ministerpräsidentin Heide Simonis, "diese Ohrfeige für die aktiven und pensionierten Polizeibeamten" im Bundesrat zu verhindern und sich im Sinne der Forderungen der GdP einzusetzen.

Danach kamen neben dem Vertreter der Landesregierung, dem Ministerialdirigenten im Finanzministerium Joachim Boldt, die Sprecher der im schleswig-holsteinischen Landtag vertretenen Fraktionen (CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne) zu Wort. Übereinstimmend sprachen sie sich für eine Ankoppelung der Besoldung an das Tarifergebnis aus; der Landtag solle über eine entsprechende Initiative die Landesregierung auffordern, im Bundesrat gegen den Abkoppelungsvorschlag der Bundesregierung zu stimmen.

Anschließend übergab der GdP-Vize Joachim Boldt ein Paket mit gut 2000 Unterschriften, die von der Landes-GdP als Resolution gegen eine Abkoppelung gesammelt worden waren.

Hamburg (vs). Am gleichen Tag noch erreichte der Protestkonvoi Hamburg. Die Hamburger Kolleginnen und Kollegen hatten sich eine Protestfahrt mit der stadtbekanntem "Hummelbahn" durch die Innenstadt bis auf den Rathausplatz einfallen lassen. Dort appellierte Landesvorsitzender und amtierender Bundesvorsitzender Konrad Freiberg an den Senat, insbesondere an Innensenator Hartmut Wrocklage und Finanzsenatorin Ingrid Nümann-Seidewinkel (SPD), im Bundesrat gegen den Vorschlag der Bundesregierung zu votieren.

Rund 70 Kolleginnen und Kollegen verteilten Flugblätter und erläuterten den fragenden Passanten das Anliegen der GdP.

Bremen. Vor einer Versammlung von rund 150 Kolleginnen und Kollegen verlas Dieter Oehlschläger vor dem Bremer Rathaus die Resolution der GdP. Zugleich dankte er für die positive Haltung von Finanzsenator Perschau und bat um weitere Unterstützung des Landes Bremen im Bundesrat. Bremens regierenden Bürgermeister Henning Scherf bekamen die Demonstranten nur kurz zu Gesicht. Offensichtlich von terminlichen Zwängen getrieben, entschuldigte Scherf sich im Laufschrift für sein Vorbeibrähen an der Schar der Protestierenden.

Hannover (schi). Am 3. November 2000 protestierten circa 100 GdP-Mitglieder in Hannover gegen die Pläne von Bundesinnenminister Schily zur Abkoppelung der Beamtenbesoldung von der tariflichen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst. Nach einer Fahrt im Autokorso durch Hannover stellte sich Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) vor seiner Staatskanzlei den Forderungen der GdP.

Der Landesbezirkvorsitzende Bernhard Witthaut forderte erneut, das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen. Ihren Forderungen verliehen die Kolleginnen und Kollegen mit vielfältigen und aussagekräftigen Plakaten Nachdruck. Eine Liste mit Protestunterschriften wurde an den Leiter der Staatskanzlei, Peter Jürgen Schneider, überreicht.

Ministerpräsident Gabriel sprach sich dafür aus, die Beamtgehälter bereits ab November 2000 rückwirkend zu erhöhen. Er werde sich bei den anderen Ländern für einen entsprechenden Konsens einsetzen.

Mainz. Nach einem Protestmarsch durch die Innenstadt versammelten sich die rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor der Staatskanzlei. Dort bekräftigte Ernst Scharbach, stellvertretender Landesbezirkvorsitzender, die Forderung der GdP. Grußworte überbrachten ein Vertreter der ÖTV, der Transnet GdED sowie der DGB-Landesvorsitzende Schmidt. Im Anschluss erfolgte in der Staatskanzlei die Übergabe der GdP-Resolution.

Saarbrücken (jw). Am 7. November traf der GdP-Konvoi gegen 15.30 Uhr an der Staatskanzlei des Saarlandes ein. Der Landesbezirk Saarland hatte sich etwas ganz Besonderes ausgedacht.

"Wir durchbrechen Schilys 0%-Mauer!" war der Slogan seiner Protestveranstaltung. Nicht nur dass der GdP-Landesbezirkvorsitzende des Saarlandes, Hugo Müller, am Steuer des Fahrzeuges saß, das unter lautem Beifall von 200 Kolleginnen und Kollegen die Mauer durchbrach, nein, auch der saarländische Innenminister Klaus Meiser war mit im Fahrzeug. Seinen Angaben zufolge will die saarländische Landesregierung den Tarifabschluss zeit- und inhaltsgleich übernehmen, wenn die anderen Bundesländer mitziehen würden beziehungsweise sich eine Mehrheit dafür im Bundesrat ergebe.

Der Mauerdurchbruch wurde von der anwesenden Presse dankbar aufgenommen und am gleichen

Abend im Regionalprogramm gesendet. Hugo Müller und Klaus Meiser waren begehrte Interviewpartner.

Anschließend schloss sich der saarländische "Protestbus" der Karawane an und weiter ging die Fahrt in Richtung Stuttgart.

Stuttgart (wosch). Mittwoch, 8. 11. 2000, 9.00 Uhr. Es wird lauter vor der Staatskanzlei in Stuttgart. Neun Kleinbusse mit GdP-Fahnen und Aufkleber gegen die Nullrunde 2000 sind laut hupend vorgefahren.

Aus den Fahrzeugen steigen Kolleginnen und Kollegen aus den bisher bereisten Ländern, um ihren Kollegen aus Baden-Württemberg zu begrüßen und ihn mit seinem Fahrzeug in den Konvoi einzureihen.

Erwartet wurde der Konvoi auch vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Josef Schneider, der Staatsminister Christoph Palmer ein Schreiben der GdP Baden-Württemberg an Ministerpräsident Erwin Teufel in der Staatskanzlei übergab.

Auszug aus dem Schreiben:

"In großer Übereinstimmung mit Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, haben wir die vom Staatsministerium am 30. Juni 2000 herausgegebene Stellungnahme über einen Ministerratsbeschluss zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative zur Kenntnis genommen.

Sie, Herr Ministerpräsident, brachten bereits damals zum Ausdruck, dass Sie sich mit Nachdruck für eine Gleichbehandlung der Beamten mit dem Tarifbereich einsetzen würden.

Sie weisen darauf hin, dass eine Abkoppelung der Beamten von der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst nicht gerechtfertigt sei und dass dies der Verantwortung des Dienstherrn für alle Beschäftigungsgruppen widersprechen würde."

Mit dieser Einschätzung treffe die Landesregierung "geradezu deckungsgleich" die Forderungen der Gewerkschaft der Polizei. Dies gelte insbesondere für die Aufforderung an den Bundesinnenminister, sich als Dienstherr seiner Verantwortung nicht zu entziehen. Rüdiger Mai forderte den baden-württembergischen Ministerpräsidenten auf, "den bisher eingeschlagenen Weg der Landesregierung von Baden-Württemberg mit großer Beharrlichkeit und mit Nachdruck weiterzuverfolgen."

"Im Dezember wird der Bundesrat erneut über den Gesetzentwurf abstimmen. Dort werden die SPD-geführten Länder Farbe bekennen müssen, wie sie es mit den Beamten halten", sagte Christoph Palmer bei einem anschließenden Gespräch in der Staatskanzlei. Er bestätigte, dass die Landesregierung weiterhin zu ihrer in den Bundesrat eingebrachten Entschließung über die Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich stehe. Sollte sich eine Mehrheit für den Vorschlag von MP Gabriel bei den Beratungen im Bundesratsinnenausschuss abzeichnen, könne die Landesregierung diesem Kompromiss zustimmen. Mit der niedersächsischen Staatskanzlei wolle er unverzüglich Kontakt aufnehmen, um zu erfahren, ob Niedersachsen einen entsprechenden Änderungsantrag in die Ausschussberatungen einbringe.

Würzburg. Am 8. November erreichte der Konvoi die Bischofsstadt am Main. Vor der Würzburger Residenz fand ein Fototermin der aufgereihten Konvoi-Fahrzeuge statt. Den anwesenden Medienvertretern wurden die Hintergründe der Protestfahrt erläutert.

Erfurt. Am nächsten Tag versammelten sich rund 50 Kolleginnen und Kollegen vor der Staatskanzlei und protestierten gegen den Anpassungsgesetzentwurf der Bundesregierung. Landesbezirksvorsitzender Jürgen Schlutter erläuterte die Forderung der GdP. Staatssekretär Scherer vom Justizministerium gab in einer kurzen Ansprache zu verstehen, dass die thüringische Landesregierung sich positiv zum Anliegen der GdP stelle; eine Vorreiterrolle könne Thüringen in dieser Angelegenheit jedoch nicht spielen.

Dresden (uk). Aus zwölf Bundesländern kamen die Busse vor das Finanzministerium nach Dresden. Volker Groschupf, Landesvorsitzender der GdP, überreichte Hans Adams von der Bundesgeschäftsstelle fast 4000 Unterschriften sächsischer Polizeibeschäftigter gegen die Abkopplung der Beamtenbesoldung von dem Tarifergebnis. Die Unterschriftensammlung soll dem Bundesrat übergeben werden.

Die Unterschriften wurden nach Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung zur Nullrunde bei den Beamten in allen Polizeidienststellen gesammelt.

Magdeburg (lj). Ein kalter Wind wehte am 10. November über dem Domplatz der Landeshauptstadt, an dem sich nicht nur der Magdeburger Dom, sondern auch der Landtag und die Staatskanzlei Sachsen-Anhalts befinden.

Noch bevor die GdP-Fahrzeuge der Protestfahrt gegen eine Nullrunde 2000 eintrafen, hielt am Domplatz ein anderes Fahrzeug. Einer dunklen Staatskarosse entstieg Innenminister Manfred Püchel und ging mit seiner Begleitung quer über den Platz auf die wartenden GdP-Kollegen zu. Sofort entwickelte sich eine Diskussion über das Thema, das an diesem kalten Morgen die GdP-Mitglieder erhitzte: Die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung.

Der Innenminister versicherte, dass er den Standpunkt der Polizeibeamten verstehe. "Ich bin froh, dass eine echte Abkopplung nicht kommt", sagte er zum GdP-Landesvorsitzenden Karsten Schmidt. Im nächsten Satz wies er aber dann auf die schwachen Landesfinanzen hin: "Sachsen-Anhalt ist eines der ärmsten Länder. Wir sind vom Finanzausgleich abhängig. Deshalb werden wir den Vorschlag der Bundesregierung unterstützen."

Inzwischen war die GdP-Karawane in Magdeburg eingetroffen und zur morgendlichen Diskussionsrunde gesellten sich Kollegen vom Bundesvorstand und aus den anderen Landesbezirken. Ein Kollege aus Mecklenburg-Vorpommern stellte dann auch gleich Innenminister Püchel die Frage: "Wie kann es sein, dass bei der Bevölkerung die innere Sicherheit an zweiter Stelle steht, aber Sie als Politiker sparen an diesem Punkt?"

Auch der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalts, Christoph Bergner, sprach sich für die Belange der Polizeibeamten aus. "Wie kann man denn bei Tarifverhandlungen zustimmen und hinterher merkt man, dass man eigentlich sparen wollte. Dann spart man zu Lasten derer, die sich am wenigsten wehren können. Einsparungen zu Lasten der Beamten sind unerträglich", sagte er unter dem Beifall der Anwesenden.

Erstaunt begrüßte Karsten Schmidt noch einen dritten prominenten Gast auf dem Domplatz. Ministerpräsident Reinhard Höppner ging den kurzen Weg von der Staatskanzlei zum Landtag zu Fuß und wollte an den Polizeibeamten "nicht einfach so vorbeigehen", wie er bemerkte. Zur Besoldungsanpassung meinte der Chef der SPD-Landesregierung: "Wir haben gestern wieder bis nachts um zwei Uhr in Berlin über den Länderfinanzausgleich gesprochen. Sachsen-Anhalt ist abhängig von den finanziellen Zuwendungen des Bundes."

Hans-Joachim Adams von der Bundesgeschäftsstelle entgegnete: "Herr Ministerpräsident, es geht um die Erhaltung des Berufsbeamtentums. Wenn die Polizistinnen und Polizisten von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden, dann werden sie streiken, auch wenn sie es nicht dürfen. Das will die GdP nicht. Deshalb fordern wir Sie auf, im Bundesrat gegen die Besoldungspläne der Bundesregierung aufzutreten." Ministerpräsident Höppner hatte es nun sehr eilig, zu seiner Landtagssitzung zu kommen. Auch die anderen Politiker zog es in diese Richtung. Die Fahrzeugkolonne der GdP verließ Magdeburg in Richtung Potsdam und ein Fahrzeug des Landesbezirks Sachsen-Anhalt schloss sich an.

Potsdam (ab). Kurz vor Eintreffen des Konvois der Protestfahrt gegen die Nullrunde 2000 koppelten Brandenburger GdP-Mitglieder gegen 11.00 Uhr drei PKW-Anhänger gegenüber dem Haupteingang der Staatskanzlei ab. Auf ihnen war zu lesen "Beamtenbesoldung: abgekoppelt und stehengelassen".

Der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Andreas Bernig verwies darauf, dass die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen doppelt bestraft seien. Das miese Tarifiergebnis sei zu 90 Prozent von den Brandenburgern abgelehnt worden. Jetzt sei jedoch nicht die Zeit, über dieses Problem zu diskutieren, sondern die ganze Kampfkraft und Solidarität zwischen Ost- und Westgewerkschaftern auf die Verhinderung der Abkopplung der Beamtenbesoldung zu konzentrieren.

Ministerpräsident Stolpe hatte gegenüber der GdP erklärt, dass er für eine Annäherung an das Datum der Tarifierhöhung 1. August eintrete, dazu sei jedoch noch eine Abstimmung zwischen den fünf neuen Ländern nötig.

Andreas Bernig: "Ich rufe Ihnen zu, Herr Ministerpräsident, seien Sie mutig, nehmen Sie es mit der Gerechtigkeit ernst und folgen Sie Ihrem Amtsbruder in Sachsen. Kurt Biedenkopf nämlich hat sich für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses ausgesprochen. Nur das kann das Ziel unserer Protestfahrt durch alle Länder sein."

Anschließend begab sich der Konvoi von über 50 PKW an die historisch bedeutsame Glienicker Brücke. Vom ehemaligen Grenzübergang, bekannt geworden durch den Austausch von Agenten während der Zeit des kalten Krieges, wurde er von der Berliner Polizei als vierter Strahl der Sternfahrt zum Ort der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor geleitet. Auffallend war die Zustimmung der Bevölkerung am Straßenrand.

Berlin. Am Freitag, dem 10. November, erreichte die bundesweite "GdP-Protestfahrt gegen die Nullrunde 2000" die Zielgerade. In einer Sternfahrt näherten sich über 500 Fahrzeuge und Motorräder der Siegessäule, so dass der Verkehr in der Innenstadt Berlins teilweise zum Erliegen kam. Vereinigt fuhr der Protestzug dann die Straße des 17. Juni hinauf zum Brandenburger Tor.

Als erster Redner der unter Federführung des Berliner GdP-Landesbezirks und des Bundesvorstands organisierten Abschlusskundgebung sprach Landesbezirksvorsitzender Eberhard Schönberg zu den rund 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Er ging auch auf Schilys Äußerungen zu den geplanten Aktionen der Berliner GdP ein, die der Bundesinnenminister indirekt in die Nähe einer Nötigung von Verfassungsorganen gerückt hatte. Als Geschenk brachte Schönberg ein Plakat mit, das Schily zeigt, wie er nach einer Teilnahme an einer Sitzblockade vor dem Bundesverteidigungsministerium Anfang der 80er Jahre von vier Polizisten weggetragen wird. Schönberg: "Am 16. Oktober haben wir unsere Mitglieder in einer Urabstimmung aufgefordert, uns ihre Meinung zum Besoldungsangebot Schilys mitzuteilen. Fast 80 Prozent der GdP-Mitglieder lehnten dieses Angebot ab."

Schönberg fordert Schily auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die GdP werde sich weiter wehren und lasse sich nicht einschüchtern. Beamte dürften zwar nicht streiken, sie seien aber keine

Sklassen oder willenlose Befehlsempfänger.

Grußworte überbrachte der DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz. Er ermunterte die GdP, weiterhin für die Durchsetzung der berechtigten Anliegen zu kämpfen.

Kämpferisch zeigte sich auch der amtierende GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg. Mit seinem Ausruf "Weg mit dem Besoldungsdiktat!" traf er die Stimmungslage der protestierenden Kolleginnen und Kollegen, die insbesondere aus Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg kamen.

Mit ihrer Tour durch Deutschland wolle die GdP erreichen, dass die Landesregierungen im Bundesrat Stellung gegen den Regierungsentwurf zur Besoldungsanpassung 2000 bezögen. Die GdP verlange, dass das Besoldungsanpassungsgesetz die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erzielten Tarifergebnisses für Beamte und Versorgungsempfänger vorsehe, sagte der amtierende GdP-Vorsitzende. Ebenso müsse die schnellstmögliche Angleichung der Ostgehälter kommen. Freiberg: "Wir lassen uns nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppeln. An diesem historischen Ort. In dieser Stadt, wo Ost und West zusammenwächst. Da wird es offenbar. Die Polizisten in ganz Deutschland, ob in den alten oder in den neuen Ländern, bringen überall hundertprozentige Leistung. Wir fordern auch eine hundertprozentige Bezahlung für alle."

Zum Abschluss wurde der extra getextete und komponierte Song "Nullrunde - Herr Schily, nehmen wir nicht hin!" unter rhythmischem Klatschen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gespielt und gesungen. Mit rund 2500 Fußbällen wurde dann die Nullrunde 2000 weggekickt.

Wie es weitergeht

Der Bundesrat wird sich am 21. Dezember 2000 mit dem Gesetzentwurf im ersten Durchgang befassen. Die Beratungen des Bundesratsinnenausschusses sind für den 7. Dezember 2000 terminiert.

Mit gemeinsamen Rundschreiben vom 2. November 2000 haben Bundesinnenministerium und Bundesfinanzministerium veranlasst, dass für den Bundesbereich ab 1. Januar 2001 Abschlagsauszahlungen auf die allgemeinen Bezügeerhöhungen, die Einmalzahlung, die Erhöhungsbeträge für dritte und weitere Kinder sowie die verbesserten Bemessungssätze Ost gewährt werden.

Es wird sich zeigen, ob der gewerkschaftliche Protest im Verein mit den Bemühungen einiger Landesregierungen zu einem früheren Termin der Besoldungsanpassung führt.

hja/-lt/MiZi/Landesredaktionen

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 12/2000](#))